

Deutschlands Todesspirale

Eine Meditation über den kontrollierten Niedergang mit bürokratischen Mitteln.



17. Juli 2025 | Constantin von Hoffmeister

Wehe den Besiegten, denn ihre Kinder werden in der Sprache ihrer Kerkermeister sprechen und Tempel für ihre eigene Auslöschung bauen.

Zensur, Zusammenbruch und der leise Tod einer einst führenden Nation:

Das Internet sollte die Rede befreien, aber in Deutschland hat es die Zensur nur noch systematischer gemacht. Paragraf 130 des Strafgesetzbuchs – die wichtigste Bestimmung über „Hassreden“ – erfasst jetzt nicht nur Holocaust-Leugnung und Nazi-Symbole, sondern auch breite Kategorien von „Hetzreden“, wobei Einwanderungs-, Identitäts- und Erinnerungspolitik oft im Fadenkreuz stehen.

Die Zahlen sind kafkaesk: Zehntausende von Beiträgen, die nach dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz gekennzeichnet sind, und Tausende von Fällen, die jährlich wegen „Volksverhetzung“ eingereicht werden – ein Begriff, der zwar im Gesetz verankert ist, in der Praxis aber immer dehnbare wird. Die deutschen Behörden drängen die Plattformen, das zu unterdrücken, was sie als „schädliche Desinformation“ bezeichnen, insbesondere in Wahlperioden.

Die Ironie des Ganzen? Derselbe Staat, der die „künstlerische Freiheit“ durch öffentliche Einrichtungen fördert – wie etwa die Ausstellung der Berlin Biennale 2025 über „dekoloniale Widerstandskunst“, die auch Werke umfasst, die sich mit israelisch-palästinensischen Narrativen auseinandersetzen –, verfolgt nationalistische Urheber von Inhalten, die wegen „Aufstachelung zum Hass und Verbreitung von Symbolen verfassungswidriger Organisationen“ zu Haftstrafen verurteilt werden

können, eine Strafe, die eher einem Ketzer als einem Bürger angemessen ist. Das Verfassungsgericht beruft sich auf Artikel 5 des Grundgesetzes („Meinungsfreiheit“), aber das lebendige Gesetz ist ungeschrieben: Man kann sagen, was man will, solange es im Chor des Konsenses gesungen wird.

Die Züge fahren nicht mehr pünktlich, wenn sie überhaupt noch fahren. Das deutsche Eisenbahnsystem, einst ein Symbol preußischer Effizienz, ist zu einer Farce aus Verspätungen, bröckelnder Infrastruktur und ideologischer Misswirtschaft verkommen. Im Jahr 2024 kamen nur 62,5 Prozent der Fernzüge pünktlich an (großzügig definiert als innerhalb von sechs Minuten nach Fahrplan), während fünf Prozent der Regionalzüge ganz ausfielen – Zahlen, die einen Balkanstaat beschämen würden, ganz zu schweigen von Europas selbsternanntem Wirtschaftsmotor.

Die Ursachen sind systemisch: jahrzehntelange Unterinvestitionen (95 Milliarden Euro Instandhaltungsrückstau), ökologisch motivierte Elektrifizierungsphantasien (während Brücken einstürzen) und pausenlose Streiks der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, die Lohnerhöhungen fordern, um die Inflation auszugleichen, die sie durch ihre eigene Politik mit verursacht haben. Der „Deutschlandtakt“ – ein Masterplan für stündliche bundesweite Verbindungen – existiert nur auf PowerPoint-Folien, während Bahnhöfe auf dem Land geschlossen werden und schlecht verwaltete städtische Knotenpunkte an Überfüllung ersticken.

Dennoch twittert der Verkehrsminister über „geschlechtsneutrale Toilettenbeschilderung“ in Bahnhöfen, als ob Pronomen durchtrennte Oberleitungen wieder verbinden könnten. Eine Nation, die nicht in der Lage ist, ihre Schienen intakt zu halten, hat bereits den Anschluss verloren. Die Gleise führen nirgendwohin, genau wie die Zukunft Deutschlands.

Deutschland befindet sich in einem Zustand suspendierter Souveränität, einer geopolitischen Anomalie, in der sich hinter den formalen Merkmalen der Staatlichkeit tiefere Kontrollketten verbergen. Der Sieg der Alliierten 1945 begründete nicht nur eine militärische Besatzung, sondern auch eine dauerhafte Neuausrichtung des deutschen politischen Bewusstseins. Was als Entnazifizierung begann, entwickelte sich zu etwas viel Heimtückischerem: der systematischen Auslöschung der nationalen Handlungsfähigkeit. Die Bundesrepublik Deutschland hat trotz ihrer wirtschaftlichen Stärke immer innerhalb von Grenzen funktioniert, die von anderen gezogen wurden.

Die Enthüllung der NSA-Überwachung im Jahr 2013 – einschließlich des Abhörens des privaten Telefons von Bundeskanzlerin Merkel – war keine Abweichung, sondern eine Bestätigung. Keine souveräne Nation toleriert solche Eingriffe ohne Konsequenzen. Die Reaktion Deutschlands – gedämpfte Proteste, gefolgt von „business as usual“ – machte die Realität deutlich: Dies ist keine Partnerschaft, sondern ein Vasallentum. Die fortgesetzte Präsenz von US-Militärstützpunkten, die Einbindung deutscher Geheimdienste in den NATO-Rahmen und die Anpassung der Wirtschaftspolitik an die Forderungen Washingtons weisen alle auf eine einfache Wahrheit hin. Die Besatzung wurde nie beendet. Sie hat sich lediglich einen Anzug angezogen.

Das deutsche Wirtschaftsmodell, um das Europa einst beneidet wurde, wird derzeit bewusst demonstriert. Die Zahlen des Jahres 2025 erzählen die Geschichte eines kontrollierten Niedergangs:

Die endgültige Abschaltung der Kernkraftwerke im Jahr 2023 in Verbindung mit dem politisch erzwungenen Abbruch der Beziehungen zu Russland im Energiebereich hat die deutsche Industrie in eine Stromnotlage gebracht. Die Strompreise liegen weiterhin 30 Prozent über dem Niveau von vor

2022, was die Schwerindustrie zunehmend unrentabel macht. Die Verlagerung des Kerngeschäfts von BASF nach China im Jahr 2024 war nur der erste Stein; Siemens und Volkswagen haben seitdem die Offshore-Produktion beschleunigt. Der viel gepriesene „grüne Wandel“ hat nicht zu Innovationen, sondern zu Rückschritten geführt: Der Anteil der Kohle an der gesamten Energieerzeugung ist auf 25 Prozent angestiegen – eine bittere Ironie für Europas selbsternannten „Klimaführer“.

Die Fruchtbarkeitsrate, die derzeit bei 1,35 liegt, garantiert, dass jede nachfolgende Generation kleiner sein wird als die letzte, was grundlegende Fragen zur langfristigen demografischen Nachhaltigkeit aufwirft. Gleichzeitig bleibt die Zuwanderung auf einem historisch hohen Niveau und trägt zu einem raschen Wandel der Städte bei. In vielen Bezirken sind sprachliche und kulturelle Veränderungen zu beobachten – Veränderungen, die in offiziellen Berichten oft mit abstrakten Begriffen wie „demografische Anpassungen“ und „wichtige Bevölkerungsströme“ beschrieben werden. Die vorherrschende politische Reaktion kombiniert expansive Sozialprogramme mit einer Abneigung gegen eine offene Debatte über Integration und Identität. Eine Gesellschaft, die mit einer demografischen Schrumpfung konfrontiert ist und gleichzeitig eine umfangreiche Einwanderung ohne eine klare Strategie für den Zusammenhalt bewältigt, riskiert mit der Zeit eine innere Zersplitterung.

Die deutsche Demokratie im Jahr 2025 ist ein Theater des Absurden, in dem Opposition nur innerhalb streng erzwungener Grenzen existiert. Die Alternative für Deutschland (AfD), die in den Umfragen bei 23 Prozent liegt, fungiert als kontrolliertes Druckventil – eine „Bedrohung“, die gerade groß genug ist, um die Konsolidierung der Macht der traditionellen Parteien zu rechtfertigen. Der Linksruck der CDU unter Bundeskanzler Friedrich Merz, das Eintreten der SPD für offene Grenzen und die dogmatische Energiepolitik der Grünen haben sinnvolle Unterscheidungen verwischt. So gibt es im heutigen Deutschland nur noch zwei Parteien: die AfD und die Unipartei (alle anderen).

Deutschland friert die Parteienfinanzierung durch verfassungsmäßige Mechanismen ein, die durch Artikel 21 und das Parteiengesetz ermächtigt werden und immer dann zum Einsatz kommen, wenn eine Partei vom Inlandsgeheimdienst als „verfassungsfeindlich“ eingestuft wird. Im Jahr 2025 wurden diese Instrumente verschärft, als die AfD nach ihrer Einstufung als „bestätigte extremistische Bedrohung“ einer verstärkten Überprüfung und potenziellen finanziellen Strangulierung ausgesetzt war.

„Demokratische Widerstandsfähigkeit“ bedeutet in der Praxis, die Opposition durch bürokratische Präzision zum Schweigen zu bringen, die sich als moralische Hygiene maskiert. Wenn abweichende Meinungen rechtlich unterdrückt werden müssen, anstatt ihnen politisch zu begegnen, bekommt die Fassade des Pluralismus Risse. Die Wahrheit ist eindeutig: 77 Prozent der Deutschen wählen weiterhin Parteien, die zwar geringfügige stilistische Unterschiede aufweisen, aber eine identische Politik in Bezug auf Einwanderung, EU-Unterwerfung und wirtschaftlichen Niedergang verfolgen.

Keine Nation hat ihre Geschichte so gründlich gegen sich selbst gewendet. Die Erinnerungspolitik bleibt zentral für die Identität der Bundesrepublik. Der Holocaust wird zu Recht als historische Tragödie von beispiellosem Ausmaß erinnert. Doch sein Stellenwert im öffentlichen Diskurs hat sich von der Erinnerung zu einer regulierenden Kraft entwickelt. Äußerungen von nationalem Interesse, kultureller Identität oder Skepsis gegenüber einer supranationalen Regierung werden oft durch die Linse des historischen Traumas gefiltert. Im Bildungswesen, in den Medien und in der

Politik kann die Betonung der Schuld der Vergangenheit manchmal die Formulierung künftiger Ziele in den Hintergrund drängen.

Der öffentliche Diskurs bewegt sich innerhalb enger Leitplanken:

- Jede Kritik an der Masseneinwanderung wird mit dem Vorwurf der „Fremdenfeindlichkeit“ beantwortet.
- Jede Verteidigung der nationalen Interessen wird als „Revanchismus“ bezeichnet.
- Jede Skepsis gegenüber der EU-Zentralisierung wird als „Populismus“ gebrandmarkt.

Das Ergebnis ist eine von Schuldgefühlen gelähmte Gesellschaft, die nicht in der Lage ist, Selbsterhaltung als legitimes Ziel zu formulieren. Wenn der Berliner Senat mehr Mittel für „Diversity-Workshops“ als für die Rekrutierung von Polizisten bereitstellt, wenn in den Lehrplänen der Schulen „koloniale Schuld“ über mathematische Kompetenz gestellt wird, wenn der Verteidigungsminister eine „vielfältigere“ Bundeswehr fordert, die Geschlechtsidentität und Migrationshintergrund als Pfeiler der Stärke einbezieht – dann sind das keine politischen Fehlleistungen. Sie sind der logische Endpunkt einer Zivilisation, die ihre eigene Existenz als historischen Unfall ansieht, der korrigiert werden muss.

Die Präsidentschaftswahlen in den USA 2024, bei denen Donald Trump an die Macht kam, haben den Wandel Deutschlands zur letzten Bastion des globalistischen Liberalismus beschleunigt. Während Frankreich in Richtung von Le Pens Rallye Nationale taumelt und Italien unter Melonis nationalistischer Regierung steht, hat sich Berlin zum ideologischen Vollstrecker der EU entwickelt. Die deutsche Regierung unterstützt offen NGOs zur Bekämpfung des „Rechtsextremismus“ in ganz Osteuropa – eine bemerkenswerte Umkehrung, bei der Deutschland, das einst geteilt war, nun versucht, den politischen Konsens in den Nachbarstaaten zu gestalten.

Die Ironie ist unübersehbar. Eine Nation, die ihre eigenen Grenzen nicht sichern kann, hält Ungarn Vorträge über die „Rechtsstaatlichkeit“. Ein Land, das sich in halsbrecherischer Geschwindigkeit deindustrialisiert, diktiert Polen die Wirtschaftspolitik. Ein Militär, das sich auf US-Atomwaffen verlässt, schimpft über andere wegen unzureichender NATO-Ausgaben. Das ist keine Führung. Es ist der krampfhaft Reflex eines Patienten, der nicht weiß, dass sein Gehirn bereits tot ist.

Drei Faktoren erklären die Ruhe in Deutschland:

1. Die Boomer-Elite, die sich durch die Globalisierung bereichert hat, wird die Folgen ihrer Politik nicht mehr erleben. Ihr Mantra – „Nach uns die Sintflut“ – ist der ultimative Verrat.
2. Von SPIEGEL bis zur Deutschen Welle ist das Narrativ einheitlich: Dissens ist illegitim, Alternativen undenkbar.
3. Das deutsche Ordnungsgenie ist zu seiner Achillesferse geworden. Wenn der Niedergang von kompetenten Technokraten verwaltet wird, fühlt er sich weniger wie ein Zusammenbruch und mehr wie eine Unausweichlichkeit an.

Die 23 Prozent der AfD stehen nicht für eine steigende Flut, sondern für ein Auffangbecken: diejenigen, die noch nicht vollständig vom System befriedet sind. Die anderen 77 Prozent haben aktiv oder passiv akzeptiert, dass Deutschlands Rolle nicht mehr darin besteht, zu führen, sondern zu dienen.

Deutschland im Jahr 2025 ist ein abschreckendes Beispiel für die Postmoderne. Es ist möglich, dass eine Nation wohlhabend und doch hohl ist, geordnet und doch verfallen, „frei“ und doch in Ketten. Die Okkupation wird nicht durch Panzer, sondern durch Schulbücher fortgesetzt, nicht durch Dekrete, sondern durch die am Tropf hängende Scham.

Wenn künftige Historiker den Moment ohne Wiederkehr nachzeichnen, werden sie vielleicht nicht auf 1945 verweisen, sondern auf das stille Jahr, in dem die Deutschen aufhörten, nach dem „Warum“ zu fragen, und stattdessen lernten, auf ewig „Ja“ zu sagen.

Die Tragödie ist nicht, dass Deutschland stirbt. Die Tragödie ist, dass es vergessen hat, wie man leben will.

Vae victis – wehe den Besiegten. Und diejenigen, die aus dem Feuer zurückkehrten, erzählten, dass das Land der Deutschen, einst stolz und zahlreich in seiner Art, nicht durch Speer oder Hungersnot, sondern durch das Gesetz des Fremden, das in ihre Zunge geätzt wurde, zu Fall gebracht wurde. Denn nach dem Großen Krieg, den die einen den Zweiten, die anderen den Letzten nennen, kamen die Sieger nicht als Plünderer, sondern als Priester, die Schriftrollen und Drähte trugen, und sie pflanzten ihre Tempel in die Herzen der Städte: Stuttgart, Frankfurt und die alte Zitadelle von Bonn. Und sie sagten zu den Menschen: „Ihr sollt nicht mehr von Blut sprechen, noch von Erde, noch von dem Willen, der den Himmel bewegt, denn das sind verbotene Dinge.“

Und so kam es, dass eine neue Ordnung gewoben wurde wie ein Netz, fein und stark, aus Eiden und Schulden und Zeichen, geschrieben in der Schrift der atlantischen Völker. Die deutschen Männer beugten ihre Häupter und lehrten ihre Kinder, so zu sprechen wie die Fremden und sich immer an die Sünde ihrer Großväter zu erinnern, von der es hieß, sie habe die Sterne verdunkelt.

So wurden sie nicht durch bronzene Ketten gefesselt, wie zu Zeiten des Darius, sondern durch Verträge, Lehrpläne und Kodizes. Und ich habe gehört, wie weise Männer unter den Slawen und Hellenen sagten, dass ein Volk, das die Lieder seiner Väter vergisst, eines Tages mit der Sprache seiner Kerkermeister sprechen und Tempel für seine eigene Auslöschung bauen wird.